



Machbarkeitsstudie Nördlicher Rieselfeldabfanggraben

Ergebnisprotokoll der 1. Informationsveranstaltung

09. Dezember 2019

18.00 bis 20.30 Uhr

Schule an der Haveldüne, Jaczostraße 53/67, 13595 Berlin

Ca. 150 interessierte Besucher waren anwesend

Fachbeiträge

Frau Bathmann BA Spandau, Stadtentwicklungsamt, FB Stadtplanung (StaPI)

Herr Siewert Planungsgruppe Cassens + Siewert (C+S)

Podium

Herr Weiß BA Spandau, Umwelt und Naturschutzamt, FB Naturschutz und Landschaftsplanung (UNA, Nat)

Herr Pasch BA Spandau, Straßen- und Grünflächenamt, FB Grünflächen (SGA, Grün)

Frau Deiwick BA Spandau, Stadtentwicklungsamt, FB Stadtplanung (StaPI)

Herr Siewert Planungsgruppe Cassens + Siewert (C+S)

ergänzend, Herr Nickel BA Spandau, Straßen- und Grünflächenamt, FB Grün (SGA, Grün)

Moderation

Herr Fromlowitz Fromlowitz + Schilling (F+S)

Ablauf

1. Einleitung Herr Fromlowitz
2. Grußwort Herr Bezirksstadtrat Otti
3. Frau Bathmann (StaPI) berichtet zur gesamtstädtischen Einordnung
4. Herr Siewert (C+S) stellt den Auftrag, den Arbeitsstand und das weitere Vorgehen vor
5. Diskussion
6. Aufruf zur Bildung eines Beteiligungsgremiums

Bezirksstadtrat Otti begrüßt die Anwesenden und freut sich auf den folgenden Dialog. Mit der Machbarkeitsstudie zur Schaffung eines neuen öffentlichen Grünzuges wird ein Sachverhalt untersucht, der für die Spandauer Bevölkerung grundsätzlich positiv scheint.

Protokoll erstellt durch Cassens+Siewert und Fromlowitz+Schilling, im Auftrag des Bezirksamtes Spandau von Berlin

Stand 06.01.2020



Herr Fromlowitz stellt den Veranstaltungsrahmen und -ablauf vor. Er nimmt Bezug auf die Ankündigungsschreiben zur Machbarkeitsstudie aus 2018 und Herbst 2019 und berichtet über die bisherige Kommunikation. Den Anwesenden werden die zukünftigen Informationswege und die geplante Bürgerbeteiligung vorgestellt.

Frau Bathmann setzt die Idee des nördlichen Rieselfeldabfanggrabens in einen gesamtstädtischen Kontext und erläutert, dass ein öffentlicher Grünzug an diesem Ort Teil des Fördergebiets „Stadtumbau West – Integriertes Städtebauliches Entwicklungskonzept Heerstraße/Brunsbütteler Damm (ISEK)“ ist. Ein wichtiges Ziel des ISEK ist die Schaffung eines grünen Rundwegs mit einzelnen Stationen rund um Spandau. Im Rahmen der ISEK-Erarbeitung hat bereits eine umfangreiche Öffentlichkeitsarbeit stattgefunden. Das Konzept wird bei der Infoveranstaltung ausgelegt und es gibt einen Verweis auf die Veröffentlichung im Internet.

Herr Siewert stellt anhand einer Präsentation die Inhalte der Machbarkeitsstudie sowie die anstehenden Bearbeitungsschritte vor. Es werden weitere, ausführliche Informationen zum Untersuchungsgebiet, zur Einbindung in den FNP, das LaPro oder die benachbarten Schutzgebiete sowie die Verknüpfung zu den öffentlichen Grün- und Freiflächen sowie den umgebenden Bebauungsplanverfahren gegeben.

Der aktuelle Stand der Arbeiten wird erläutert - hierzu gehören beispielsweise die Aufbereitung von Geodaten, die Auswertung vorhandener Gutachten oder den Daten des Geoportals und der Biotoptypkartierung. Die nächsten Schritte sind die Aufbereitung der Ergebnisse, die vollständige Vermessung mit Kartierung, die Baumerfassung und Bewertung sowie die Ausarbeitung der faunistischen Potentialanalysen.

Herr Fromlowitz stellt die Gründung eines Beteiligungsgremiums im Nachgang zu der ersten Informationsveranstaltung vor und ermuntert zur Teilnahme. In konzentrierter Arbeit soll voneinander profitiert werden. Die Öffentlichkeit bekomme so Informationen aus erster Hand und könne wichtige Hinweise für die Erarbeitung der Machbarkeitsstudie einbringen.

Anschließende Diskussion

Nach Wortmeldungen wird eine Gesprächsreihenfolge festgelegt. Die Anwesenden sind fast ausschließlich Anwohner*innen oder direkte Anrainer*innen des Nördlichen Rieselfeldabfanggrabens. Sie verfügen über sehr gute Ortskenntnisse und sind besorgt angesichts einer Veränderung der seit Jahren bestehenden Strukturen und Verhältnisse. Die Planungen zu einem Grünzug in ihrer direkten Nachbarschaft rufen Befindlichkeiten und Ängste hervor, die sich insgesamt in einer ablehnenden Haltung zu einer Veränderung der bisherigen Situation zeigen. Wortmeldungen bekommen Zuspruch aus dem Publikum.

Es werden Fragen nach der Notwendigkeit eines weiteren Radweges neben dem vorhandenen „Berliner Mauerweg“ (kurz: Mauerweg) gestellt; es wird die Aufwertung des Mauerweges gefordert anstatt einen weiteren Radweg zu errichten und zu unterhalten.

Protokoll erstellt durch Cassens+Siewert und Fromlowitz+Schilling, im Auftrag des Bezirksamtes Spandau von Berlin

Stand 06.01.2020



Das Podium verweist auf den Flächennutzungsplan, das Landschaftsprogramm und das Berliner Naturschutzgesetz, aus denen es einen jahrzehntelangen „Auftrag“ zur Schaffung eines öffentlichen Grünzugs gibt. Zum Mauerweg und zu den übergeordneten Radwegeverbindungen werden folgende Informationen weitergegeben:

- Der Mauerweg ist eine Maßnahme/überörtliche Wegeverbindung in der Zuständigkeit des Landes Berlins, nicht des Bezirks Spandau.
- Eine Sanierung des Mauerweges ist durch das Land Berlin geplant.
- Der Mauerweg führt hauptsächlich über private Flächen, was Schwierigkeiten bei der Unterhaltung und Pflege hervorruft. Der Bezirk verfügt hier bisher über keine Haushaltsmittel.
- Es ist geplant, entlang der Heerstraße einen Radschnellweg zu errichten.
- Alle drei Wegeverbindungen (Mauerweg, Radschnellweg Heerstraße und Nördlicher Rieselfeldabfanggraben) haben ihren Sinn und dienen unterschiedlichen Zielgruppen, wodurch ein breiteres Angebot für die Gemeinschaft entstehen kann.
- Der Nördliche Rieselfeldabfanggraben ist als Nahverbindung (z.B. Schulweg) und als kombinierte Fuß- und Radwegeverbindung geplant. Die Strecke eignet sich durch die Topographie besonders gut für eine barrierefreie Wegeverbindung - im Gegensatz zum deutlich höher gelegenen Mauerweg.
- Ein Grünzug über den Nördlichen Rieselfeldabfanggraben als Teil einer durchgängigen Radwegeverbindung zur Havel ist attraktiver als eine Wegeführung über Straßen.
- Der Vorschlag der Anwohner*innen, langfristige Verträge mit den Anrainer*innen des Mauerweges zu vereinbaren, wird positiv aufgenommen, eine Abstimmung mit der Grün Berlin GmbH erfolgt hierzu schon.
- Bedarfsermittlungen zu neuen Grünanlagen und neuen Rad- und Fußwegen sind im vorliegenden Fall nicht sinnvoll, da durch die fehlende Durchgängigkeit auch keine Nutzung vorhanden sein kann → Das Angebot schafft erst die Nachfrage.
- Für Flächen im Fachvermögen des Bezirkes gibt es ein Budget, dies würde auch für den Nördlichen Rieselfeldabfanggraben greifen.

Im Detail sorgen sich die Anwesenden außerdem um die zukünftige Sicherheit ihrer Privatgrundstücke und um technische Fragen wie die Entwässerung und Instandhaltung des Weges oder die Sicherheit der Nutzer*innen eines geplanten Grünzugs am Nördlichen Rieselfeldabfanggraben.

Zur Frage der Beleuchtung eines zukünftigen Weges herrscht Uneinigkeit bei den Anwesenden. Zum einen wird Beleuchtung befürwortet, um den Weg sicherer und auch im dunklen Winter nutzbar zu machen; zum anderen lehnen die Anwohnenden eine Beleuchtung ab, da es zu einer Lichtbelastung für die Anwohner*innen und für Tiere kommen kann.

Die Untere Naturschutzbehörde lehnt eine Beleuchtung von Grünanlagen aus Naturschutz- und Gesundheitsgründen prinzipiell ab.

Neben der Beleuchtung des Weges sorgen sich die Anwohner*innen außerdem darum, ob die Flächen eingezäunt werden, damit niemand in den Graben fallen kann. Zäune an den privaten Grundstücken werden zum Schutz vor Einbrüchen ebenfalls gefordert.



Die Fachbehörde sieht für die Einzäunung einer öffentlichen Grünanlage keine Notwendigkeit, dies geschehe nur in Ausnahmefällen. Eine Öffnung des Havelufers für die Öffentlichkeit zum Vergleich hat keine Steigerung der Einbruchszahlen in der direkten Nachbarschaft mit sich gebracht, so dass das Bezirksamt auch hier zuversichtlich ist. Zur Steigerung der Sicherheit könne aber über so genannte Parkläufer*innen nachgedacht werden, die Begehungen zu unterschiedlichen Tageszeiten durchführen und in anderen Grünanlagen als positive Maßnahme evaluiert wurden.

Auf Fragen und Bedenken, die sich auf die zukünftige Entwässerungssituation (insbesondere bei Starkregen) oder auf eine eventuell drohende Verschmutzung der Havel beziehen, wurden durch die Podiumsteilnehmer*innen folgende Hinweise gegeben:

- Der Nördliche Rieselfeldabfanggraben soll in seiner hydraulischen Durchgängigkeit erhalten bleiben. Zusätzlich soll der Graben durch eine Rückhaltung (Retention) und verzögerte Ableitung als Überflutungsschutz bei Starkregen dienen. Mit Blick auf den Klimawandel geht es aktuell sogar eher darum, das Wasser in der Landschaft zu halten. Eigene hydraulische Berechnungen erfolgen in der laufenden Machbarkeitsstudie jedoch nicht.
- Die Fachkolleg*innen berichten, dass eine direkte Einleitung von Straßenabwasser in den oberirdischen Nördlichen Rieselfeldabfanggraben bisher nur an der Gatower Straße geschieht. Für die Entwässerung sind die Berliner Wasserbetriebe zuständig, eine weitere Aufnahme von Regenwasser wird aber als mögliche zukünftige Funktion betrachtet.

Auf die Frage, warum der Teil zwischen Gatower Str. und Wilhelmstraße nicht Bestandteil der rundläufigen Grünverbindung durch das Entwicklungsgebiet Heerstraße (ISEK) sei, erläutern die Fachkolleg*innen:

- Als Entwicklungsgebiet ist die Großsiedlung inklusive der südlichen Flächen definiert, der Fokus liegt hier auf einer Versorgung mit grüner Infrastruktur für die Bewohner der Großsiedlung. Die kleinteilige Einzelhausbebauung zwischen Wilhelmstraße und Havel ist nicht mehr Teil der Förderkulisse.

Exkurs

Über 95% der Anwesenden bei der Informationsveranstaltung sind direkte Anwohner*innen (Abfrage per Handzeichen) – das Podium betont aber, dass eine Einbeziehung möglichst vieler der 40.000 Stimmen aus dem ISEK-Fördergebiet wichtig sei, um ein ausgewogenes Bild zu erhalten. Es fehle an Strukturen und ausreichend Wegen für das Gemeinwohl.

Das geäußerte Empfinden der Interessierten, dass die Beteiligung zu spät kommt und zu kurz greift, wird durch Rückmeldungen des Podiums auf vorangegangene Beteiligungsformate im Rahmen des ISEK und auf eine nun über das gesetzliche Maß hinaus frühe und breit angelegte Beteiligung entkräftet.



Ausblick

In 2020 wird die Beteiligung der Öffentlichkeit fortgesetzt. Die Personen, die ein Interesse an einer Mitarbeit im Beteiligungsgremium formuliert hatten, werden angeschrieben und zu Workshops mit Fachleuten eingeladen, die sich über das erste Halbjahr 2020 verteilen. Die Arbeit des Gremiums findet Eingang in die Machbarkeitsstudie, eine weitere öffentliche Veranstaltung ist für den Sommer 2020 geplant. 11 Personen haben sich im direkten Anschluss der Veranstaltung als Interessierte für die Bildung eines Beteiligungsgremiums in die ausgelegte Liste eingetragen. Das Bezirksamt wird voraussichtlich im Februar 2020 zu einer ersten Arbeitsbesprechung einladen.